

Stand: 13.03.2026 10:28:47

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4341

"Wohnungseigentum weiter fördern - Mietwucher verhindern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/4341 vom 23.10.2019
2. Beschluss des Plenums 18/4359 vom 23.10.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 30 vom 23.10.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Dr. Martin Huber, Jochen Kohler, Harald Kühn, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wohnungseigentum weiter fördern – Mietwucher verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene für die Privilegierung des Ersterwerbs einer selbstgenutzten Wohnimmobilie bei der Grunderwerbsteuer über einen Freibetrag einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für bessere steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau stark zu machen, insbesondere für die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung bei Wohnneubauten. In diesem Zusammenhang spricht sich der Landtag klar gegen einen generellen Mietendeckel aus und begrüßt den Entschluss der Staatsregierung, sich auf Bundesebene für eine stärkere Bekämpfung von Mietwucher einzusetzen.

Begründung:

Für eine angemessene Wohnraumversorgung brauchen wir in vielen Städten, Landkreisen und Gemeinden mehr modernen und bezahlbaren Wohnraum. Diese dringliche Aufgabe kann nur mit Unterstützung aller Akteure auf dem Wohnungsmarkt gelingen. Eigentumsmaßnahmen sowie geförderter und frei finanzierter Mietwohnungsbau spielen dabei gleichermaßen eine wichtige Rolle.

Wir sind überzeugt, dass selbstgenutztes Wohneigentum eine stabile Altersvorsorge darstellt. Wir wollen, dass insbesondere auch Familien in Zukunft Vermögen aufbauen können. Gerade in einem für die Altersvorsorge schwierigen Umfeld von Null- und Negativzinsen zählt dazu auch Wohneigentum. Ziel muss es sein, dass auch in wachsenden Metropolen Familien Wohnraum leichter finanzieren können.

Wir wollen insbesondere Familien beim erstmaligen Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum durch einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer entlasten.

Durch einen generellen Mietendeckel schaffen wir keine einzige neue Wohnung. Nur der Neubau von Wohnungen kann langfristig zu einer Entlastung des Mietmarktes führen. Daher müssen die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verbessert und investitionsfreundlichere Bedingungen für den privaten Wohnungsbau geschaffen werden. Daher setzen wir uns auf Bundesebene für die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung bei Wohnneubauten ein. Wo jedoch die Mieten die Grenze zum Wucher überschreiten, muss der Staat eingreifen und Grenzen setzen. Daher begrüßen wir den Vorstoß der Staatsregierung, sich für die Änderung des § 5 Wirtschaftsstrafgesetzes auf Bundesebene einzusetzen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel, Jürgen Baumgärtner, Petra Guttenberger, Dr. Franz Rieger, Josef Zellmeier, Martin Bachhuber, Alex Dorow, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Dr. Marcel Huber, Dr. Martin Huber, Jochen Kohler, Harald Kühn, Alfred Sauter, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Karl Straub, Walter Taubeneder, Steffen Vogel, Martin Wagle, Ernst Weidenbusch, Georg Winter** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner, Hans Friedl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/4341

Wohnungseigentum weiter fördern – Mietwucher verhindern

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf Bundesebene für die Privilegierung des Ersterwerbs einer selbstgenutzten Wohnimmobilie bei der Grunderwerbsteuer über einen Freibetrag einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich für bessere steuerliche Rahmenbedingungen für den privaten Wohnungsbau stark zu machen, insbesondere für die Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung bei Wohnneubauten. In diesem Zusammenhang spricht sich der Landtag klar gegen einen generellen Mietendeckel aus und begrüßt den Entschluss der Staatsregierung, sich auf Bundesebene für eine stärkere Bekämpfung von Mietwucher einzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Sebastian Körber

Abg. Jürgen Mistol

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Steffen Vogel

Abg. Josef Seidl

Abg. Natascha Kohnen

Abg. Gerald Pittner

Staatsminister Dr. Hans Reichhart

Abg. Ferdinand Mang

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion (FDP)

Wohneigentum fördern und schützen (Drs. 18/4301)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fair in die eigenen vier Wände! (Drs. 18/4340)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Wohnungseigentum weiter fördern - Mietwucher verhindern (Drs. 18/4341)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die FDP-Fraktion zu ihrem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Sebastian Körber von der FDP-Fraktion. – Bitte schön, Herr Abgeordneter Körber.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben mit knapp 50 % eine der niedrigsten Wohneigentumsquoten in ganz Europa; nur noch die Schweiz rangiert hinter uns.

Die Baufertigstellungen – Baugewerbe und Bauindustrie haben dazu letzte Woche noch einmal alarmierende Zahlen vorgetragen – sind im letzten Jahr sogar noch einmal um 500 zurückgegangen. Wir verfehlen damit mittlerweile die von der Staatsregierung selbst gesetzten Ziele um 10.000 Wohnungen pro Jahr. Ich möchte deshalb ein ganz klares Plädoyer für das Eigentum halten, in diesem Fall auch für das Wohneigentum.

Dafür gibt es gute Gründe. Erstens. Der beste Schutz vor Altersarmut ist Wohneigentum. Zweitens ist Wohneigentum gleichzeitig auch der beste Schutz vor steigenden Mieten. Drittens ist Wohneigentum eine sehr schöne Form der persönlichen Freiheit, weil man sich die eigenen vier Wände selbst gestalten kann. Der erklärte Wunsch von mehr als zwei Dritteln aller Mieter besteht darin, irgendwann einmal in Wohneigentum zu kommen.

Wir möchten deshalb eine klare liberale Forderung umgesetzt wissen: die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für die erste selbstgenutzte Immobilie.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wäre ein deutlicher Beitrag zur Reduktion der Kaufpreisnebenkosten. Wir müssen uns immer vor Augen führen, dass sich gerade die Mittelschicht mittlerweile kaum noch Wohneigentum leisten kann. Und: Ich rede nicht nur von München. Wir müssen deswegen hier dringend tätig werden.

Doch was macht die Staatsregierung? – Die zuständigen Minister sehe ich leider nicht; das ist sehr bedauerlich. Der Ministerpräsident hat sich kürzlich – und, soweit ich weiß, auch immer noch – zu einer Mietpreisbremse bekannt, ebenso sein Justizminister. Letzterer hat als Krönung aber noch einen Mietendeckel light vorgeschlagen. Das ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, der erste Schritt in eine Planwirtschaft im Bereich der Wohnungs- und Immobilienbranche. So kann es auf jeden Fall nicht weitergehen.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD)

Der Bauminister – er ist leider nicht da, er hat vielleicht gerade schon anderes zu tun – hat unlängst, im Mai, in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" Wohneigentum noch fördern wollen, eigentlich aber nur für Familien. Ich freue mich deswegen natürlich über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag, der uns vorgelegt worden ist, wundere mich aber darüber, worin eigentlich die Linie der CSU bzw. insgesamt der Kollegen von CSU und FREIEN WÄHLERN besteht. Hierzu ist ja ein nachgezogener Dringlichkeitsantrag vorgelegt. Ich freue mich immer, wenn wir als Service-Opposition dazu beitragen können, dass wichtige Themen auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir ist es sehr wichtig, dass wir als Landtag heute ein ganz klares Plädoyer dafür halten, in Bayern keinen generellen Mietendeckel haben zu wollen. Ich freue mich deshalb auf der einen Seite über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Auf der anderen Seite freue ich mich darüber, dass man das Thema Wohneigentumsbildung endlich auf die Tagesordnung setzt.

Heute wird sich das Parlament – so wird es die Mehrheit wohl tun – für die Förderung von Wohneigentum aussprechen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Feller: Ich weise darauf hin, dass der Herr Staatsminister wieder da ist.

Sebastian Körber (FDP): Das ist schön; ich freue mich darüber. – Zu dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag erstens von den Kollegen von den GRÜNEN kann ich nur sagen, dass wir bei diesem Dringlichkeitsantrag leider nicht mitgehen können. Lieber Jürgen Mistol, dieser Dringlichkeitsantrag enthält eine Verschärfung der Mietpreisbremse. Das können wir nicht mitmachen.

Beim Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN müssen wir uns enthalten. Ich finde es, ehrlich gesagt, von einer Partei, die hier wie auch im Bund regiert, ziemlich enttäuschend, wenn in diesem Antrag nicht mal konkrete Freibeträge stehen. Die Sau der degressiven AfA treiben wir jetzt schon sehr lange durchs Dorf. Da müssen auch mal Fakten kommen. Für die Bürgerinnen und Bürger zählt, was am Ende im Gesetzesblatt steht. Ich empfehle dringend Zustimmung zu unserem Antrag. Auch CSU und FREIE WÄHLER können ihm eigentlich nur zustimmen; denn er enthält alles, was deren Minister sagen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter, ich bedanke mich bei Ihnen für den Vortrag. – Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, weise ich darauf hin, dass auch zum Antrag der CSU zum gleichen Thema namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Wir kommen damit zum nächsten Redner. Das ist der Abgeordnete Jürgen Mistol von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte, Herr Kollege Mistol, Sie haben das Wort.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Fair in die eigenen vier Wände – das heißt für uns GRÜNE, sowohl die Eigenheimbesitzer und die, die es werden wollen, als auch die Mieter im Blick haben zu müssen. Wir haben beide im Blick; denn eine Wohnung, egal ob in Eigentum oder gemietet, ist der Ort, an dem wir Familien und Lebensgemeinschaften gründen, Freizeit verbringen und bis ins hohe Alter selbstbestimmt leben wollen.

Deshalb braucht ein funktionierender Wohnungsmarkt zum einen einen hohen Bestand an öffentlichem, am Gemeinwohl orientiertem Eigentum, das den Mieterinnen und Mietern zu fairen Konditionen überlassen wird. Zum anderen braucht ein funktionierender Wohnungsmarkt auch privates, selbstgenutztes Eigentum.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, viele Menschen und Familien haben den Wunsch, ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung zu besitzen. Das ist richtig. Wohneigentum gilt als Altersvorsorge und steht für Unabhängigkeit.

(Beifall des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Doch viele Menschen, gerade solche mit geringem oder mittlerem Einkommen, haben heute erhebliche Schwierigkeiten, für sich und ihre Familien wirklich ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das gilt insbesondere in den bayerischen Städten und Ballungsräumen, und gilt für Wohneigentum genauso wie für Mietwohnraum.

Wir GRÜNE wollen die Erwerbsnebenkosten in den Fokus nehmen, um den Traum von den eigenen vier Wänden zu erleichtern und die Eigentumsquote zu erhöhen. Ich glaube, soweit sind wir uns einig. Für uns gehört dazu eine deutliche Senkung der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Eigenheim. Ein weiterer erheblicher Kostenfaktor ist die Maklerprovision. Geht man beispielsweise von einem Kaufpreis von 400.000 Euro aus, fallen dafür in Bayern anteilig bereits über 14.000 Euro an.

Die Bundesregierung hat nun einen Gesetzentwurf eingebracht, demnach Käuferinnen und Käufer nicht mehr dazu verpflichtet werden sollen, mehr als die hälftige Zahlung der Maklerprovision zu übernehmen. Wir begrüßen es, dass diesbezüglich eine einheitliche Regelung kommen soll, sehen jedoch in der hälftigen Verteilung, die in Bayern eigentlich schon gelten sollte, keine wirksame Entlastung. Wir fordern deswegen ein echtes Bestellerprinzip auch beim Kauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Staatsminister Dr. Reichhart, beide Maßnahmen entlasten Familien beim Kauf einer Wohnimmobilie wesentlich stärker als Ihre millionenschweren Fehlsubventionen in Form von Baukindergeld Plus und Eigenheimzulage.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

Ich sage auch, dass auch die Mieterinnen und Mieter fair in den eigenen vier Wänden leben wollen. Deutschland ist ein Mieterland. Wir sehen die Wohneigentumsquote deshalb nicht als das zentrale Problem. Für uns GRÜNE wirklich elementar sind echter Mieterinnen- und Mieterschutz sowie eine wirksame Mietenbegrenzung. Das gehört genauso dazu. Allen Unkenrufen zum Trotz zeigt sich, dass eine Mietpreisbremse wirken kann. Sie wirkt dort, wo sie wirken soll: auf angespannten Wohnungsmärkten.

Doch Bundesregierung und Staatsregierung verabreichen beim Mieterschutz nur homöopathische Dosen. Derweil ist die Mietpreisbremse wirklich zu wichtig, um ihre Wirkung verpuffen zu lassen. Wir wollen die Mietpreisbremse deswegen auf Dauer im Mietrecht integrieren und wirklich noch einmal scharfstellen.

Alles in allem diskutieren wir heute über Maßnahmen, die auf Bundesebene ergriffen werden müssen. Hier in Bayern haben wir allerdings einen ganz klaren verfassungsrechtlichen Auftrag, um den wir uns kümmern sollten: "Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden." – So ist es in der Bayerischen Verfassung formuliert.

Ich sage Ihnen, dass sich trotz der vorgeschlagenen Fördermaßnahmen nicht alle Menschen Wohneigentum leisten können.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD))

Wir müssen daher den gemeinwohlorientierten Akteurinnen und Akteuren beim Bau bezahlbarer Mietwohnungen Vorrang einräumen. Vor allem aber muss auch das genossenschaftliche und gemeinschaftliche Wohnen als Mittelweg zwischen Miete und Eigentum deutlich gestärkt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Kollege Steffen Vogel von der CSU-Fraktion.

Steffen Vogel (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anträge zeigen wieder, wer für was steht. Während die FDP ausschließlich die Eigentümer sieht, sehen die GRÜNEN ausschließlich die Mieter. Wir als CSU sehen einerseits die Eigentümer und andererseits auch die Mieter.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ohren aufmachen!)

Der Antrag der FDP ist zweigeteilt. Darin geht es zunächst um die Frage, inwieweit ein Mietpreisdeckel eingeführt werden soll. Der Antrag ist überflüssig; denn vonseiten der Staatsregierung und der sie tragenden Parteien verlangt niemand einen Mietpreisdeckel. Deshalb ist es grotesk und widersinnig, die Staatsregierung aufzufordern, gegen einen Mietpreisdeckel zu sein; denn die Staatsregierung hat nie geäußert, dass sie einen Mietpreisdeckel will. Das wäre so ähnlich, als würde man die FDP auffordern, endlich die Partei der Besserverdienenden zu sein; denn jeder im Land weiß, dass so ein Antrag überflüssig wäre. Deshalb ist auch der Antrag überflüssig, die Bayerische Staatsregierung aufzufordern, gegen einen Mietpreisdeckel zu sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gleichwohl sehen wir als CSU selbstverständlich auch den Ausgleich zwischen den Eigentümern von Wohnraum und Mietern. Deshalb sind wir für die Mietpreisbremse, wie sie der Bundesgesetzgeber vorgegeben hat.

Gerade deswegen hat man gestern eine Bundesratsinitiative gegen Mietwucher gestartet. Auf Bundesebene werden Gesetzesverschärfungen angestoßen; der Sanktionsrahmen wird verdoppelt, eine leichtere Tatbestandserfüllung eingeführt, sodass man die Mieter vor völlig überzogenen Mietforderungen schützen kann. Ein herzliches Dankeschön an die Staatsregierung für die Initiative gestern gegen Mietwucher.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein weiterer Punkt ist die Frage nach der Wohnraumförderung. Natürlich muss man verschiedene Instrumente sehen. Wir haben einerseits die BayernHeim gegründet.

Andererseits darf man den privaten Investorenmarkt, die Privatwirtschaft nicht außer Acht lassen. Deshalb halten wir es für das richtige Instrument, die steuerlichen Vorteile wieder besser zur Geltung kommen zu lassen. Nach unserer Überzeugung ist das der richtige Weg. Die Bürgerinnen und Bürger haben hohe Rücklagen. Viele sorgen sich um den laufenden Wertverlust ihres Geldes und finden, jetzt wäre vielleicht der richtige Zeitpunkt, zu investieren. Wir halten die degressive AfA, bessere Abschreibungsmöglichkeiten gerade zu Beginn und in den ersten Jahren, für ein besonders interessantes Modell, um Investoren für Investitionen in Wohnraum zu gewinnen. Wir sagen Ja zu weiteren Initiativen, insbesondere zu steuerlichen Erleichterungen auf Bundesebene.

Kollege Körber sagt: Endlich! Wir haben die FDP gebraucht, um das Thema Wohnraumförderung auf die Tagesordnung zu setzen.

(Beifall bei der FDP)

– Ich komme noch dazu, wie grotesk und widersprüchlich die FDP stellenweise agiert.

Der Bayerische Landtag und die die Staatsregierung tragenden Parteien haben das Baukindergeld Plus und die Bayerische Eigenheimzulage eingeführt. Die Menschen wissen: In keinem anderen Bundesland erhält eine junge Familie mit zwei Kindern mehr staatliche Förderung zur Schaffung von Eigentum als in Bayern. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis! Kein anderes Bundesland unterstützt die Schaffung von eigenem Wohnraum stärker als der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Natürlich ist die Grunderwerbsteuer eine Belastung. Wer heute Eigentum erwerben will, zahlt bei 3,5 % auf 300.000 Euro 10.500 Euro Grunderwerbsteuer. Das tut einer vierköpfigen Familie finanziell weh. Wir wollen diese Familien entlasten, aber nicht jeden. Wer über eine Million Euro investiert, braucht der eine Entlastung von der Grunderwerbsteuer? Oder sind es die Familien? Deshalb plädieren wir nachdrücklich für ein Freibetragsmodell. Das Freibetragsmodell konnten wir in den Koalitionsvertrag auf

Bundesebene einfließen lassen. Das Freibetragsmodell ist im Koalitionsvertrag der Bayerischen Staatsregierung enthalten. Wir haben es zweimal im Bundesrat auf die Tagesordnung gebracht. Zweimal wurde es abgelehnt. Von welchen Ländern? – Von Ländern, in denen die FDP mitregiert. Wasser predigen, aber Wein saufen! Das ist vollkommen widersprüchlich. Es wäre zehnmal besser, wenn Sie sich in den Ländern, in denen Sie mit in der Regierung sind, dafür einsetzen würden, dass unser Modell der Freibetragsgrenze und der Regionalisierung endlich umgesetzt wird. Das wäre ein echter Beitrag zur Entlastung beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird noch schlimmer – es ist wirklich widersprüchlich. Ich zitiere den Kollegen Körber, der sagt: Die Abschaffung der Grunderwerbsteuer ist eine klare liberale Forderung.

Ich habe das FDP-Wahlprogramm zur Bundestagswahl gelesen. Es ist mir schwergefallen, aber ich habe das gemacht. Achtung!

Wir Freien Demokraten wollen bei der Grunderwerbsteuer einen Freibetrag [...] für natürliche Personen einführen. [...] Der Freibetrag soll für den Erwerb von Wohnimmobilien durch natürliche Personen gelten.

Er soll erst darüber hinaus zur Entstehung der Steuer beitragen. Dies sei

notwendig, weil seit 2006 die Grunderwerbsteuerlast deutlich gestiegen ist, was vielen den Erwerb [...] erschwert. Einige Bundesländer haben seitdem ihren Grunderwerbsteuersatz sogar fast verdoppelt: von dreieinhalb auf sechseinhalb Prozent.

Das steht im Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2017.

(Sebastian Körber (FDP): War aber gut, oder?)

Lesen Sie Ihr eigenes Bundestagswahlprogramm!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das Groteske geht noch weiter:

[...] die Steuertreiberei der Bundesländer macht es Familien [...] fast unmöglich, Wohneigentum zu erwerben.

In den Ländern, in denen die FDP in der Landesregierung ist, ist der Grunderwerbssteuersatz hoch – Schleswig-Holstein: 6,5 %, Nordrhein-Westfalen: 6,5 %, Rheinland-Pfalz: 5 % –, wo die CSU regiert, ist der Grunderwerbsteuersatz niedrig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir als die Bayerische Staatsregierung tragende Parteien brauchen überhaupt keine Nachhilfe von der FDP; Sie sind keine Service-Opposition. Sie sollten Ihr eigenes Wahlprogramm lesen und Ihren Antrag zurückziehen. Unterstützen Sie auf Bundesebene den Antrag der Bayerischen Staatsregierung auf Schaffung eines Freibetrags! – Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Vogel. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Der Kollege Körber von der FDP-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Körber, bitte schön.

Sebastian Körber (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Vogel, vielen Dank für diesen kabarettreifen Auftritt. Ich möchte einige Dinge richtigstellen, die Sie sachlich falsch vorgetragen haben. Vielleicht könnten Sie zur Kenntnis nehmen: Erstens. Es ist richtig, wo die FDP mitregiert, in zwei von drei Bundesländern ist die Grunderwerbsteuer Bestandteil des Koalitionsvertrages und geht schon ins Gesetzgebungsverfahren.

Zweitens. Der Grunderwerbsteuersatz ist nur noch in Bayern und im Freistaat Sachsen bei 3,5 %.

Steffen Vogel (CSU): So ist es!

Sebastian Körber (FDP): Die FDP hat in den Ländern, die Sie gerade genannt haben, nicht zur Erhöhung beigetragen, weil sie dort gar nicht mitregiert hat, als das passiert ist. Das können Sie einfach nachlesen. Das würde weiterhelfen.

Ich finde es allerdings sehr befremdlich, dass Sie anscheinend nicht mitbekommen haben, dass der nicht anwesende bayerische Justizminister, Herr Eisenreich, Mitglied der CSU-Fraktion, betont hat – ich zitiere wörtlich aus einer dpa-Meldung –, er sei zwar gegen einen generellen Mietendeckel, es gebe aber eine Ausnahme. "Wenn eine Wohnung veräußert wird, halte ich es zudem für sinnvoll, dass die Miete drei Jahre nicht erhöht werden darf." – Das ist ein Mietendeckel für genau diesen Zeitraum, der betrachtet worden ist. Genauso ist er auch in der Öffentlichkeit betrachtet worden.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Vielleicht könnten Sie mir noch erklären – Sie regieren in Berlin mit –:

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Sebastian Körber (FDP): Wie hoch ist denn der Freibetrag?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Vogel, bitte schön.

Steffen Vogel (CSU): Sie merken schon den wahnsinnigen Rückhalt in Ihrer Fraktion zu Ihrer Wortmeldung. Schade ist, dass Sie diese Gelegenheit nicht genutzt haben, um zu erklären: Ja, wir stehen zu unserem Wahlprogramm, wir setzen das um, was wir den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl angekündigt haben. – Ich habe Sie gestellt: Eine klare liberale Forderung ist die Abschaffung der Grunderwerbsteuer – Seite 123 des Wahlprogramms der FDP.

Es ist schön, dass Sie das noch mal darlegen: Bayern und Sachsen haben den niedrigsten Grunderwerbsteuersatz. Das heißt, nirgendwo sonst bekommen Familien einen so hohen Zuschuss – 40.000 Euro – und zahlen Familien und Erwerber von Wohneigentum 3,5 % Grunderwerbsteuer.

Sie sind in Koalitionsregierungen. Es wäre möglich gewesen, diese Länder in die Spur zu bringen, um den Grunderwerbsteuersatz zu senken. Das haben Sie nicht getan. Das ist widersprüchlich. Kabarett bedeutet, dass man anders handelt als beschlossen, um den Wählerinnen und Wählern – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Vogel, auch Ihre Redezeit ist zu Ende.

Steffen Vogel (CSU): Thema Eisenreich: Wir lehnen einen Mietpreisdeckel nach Berliner Modell grundsätzlich und vollumfänglich ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Abgeordneter Josef Seidl von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Josef Seidl (AfD): Verehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wohnungseigentum fördern ist grundsätzlich eine gute Sache. Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Da Angebot und Nachfrage die Mietpreise bestimmen, wird der Mietmarkt entlastet. Das ist der beste Schutz vor Mietpreiswucher. In Deutschland werden nur 2,88 Millionen Wohnungen von Eigentümern bewohnt. Die Wohnungseigentumsquote liegt weit unter dem EU-Durchschnitt. Eine Grunderwerbsteuerbefreiung für die erste selbst genutzte Immobilie ist zu befürworten. Rund 3,5 % Baukostenersparnis sind aber nicht der große Wurf. Eine jährliche Wohnungsbauförderung wäre sinnvoll; denn Eigenheim schützt vor Altersarmut. Wir stimmen dem Antrag zu. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD-Fraktion.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, vielen Dank fürs Wort. Herr Vogel, mir hat sich noch nicht erschlossen, welchen Mietendeckel – den bayerischen oder den Berliner – Sie meinen. Bei der FDP verstehe ich das ohnehin nicht. Sie sind für mich totale Marktgläubige und frönen dem, wurscht was kommt. Der bayerische Mietenstopp bedeutet eine dringende Atempause für die Mieterinnen und Mieter.

(Beifall bei der SPD)

Der Neubau ist ausgenommen. Das bedeutet, der Neubau wird nicht verhindert. Faire Vermieter sind auch nicht betroffen. Deshalb überlegen Sie noch einmal, welchen Mietendeckel Sie ablehnen. Der bayerische ist definitiv zu befürworten, weil in den sechs Jahren Mietenstopp Wohnungsneubau betrieben werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Herr Körber sagt – er hört gar nicht zu –, dass man kein Eigentum erwerben könne, weil die Leute so viel Grunderwerbsteuer zahlen müssten. Was ist denn der wirkliche Grund, warum die Leute kein Eigentum bilden können? – Das ist der Bodenpreis, der ohne Ende in die Höhe schießt.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um eine soziale Bodenrechtsreform. Da muss der Staat ran. Dem können Sie wieder nicht zustimmen – das haben Sie letzte Woche gezeigt –, weil wieder der Markt nicht regieren darf. Verdammt noch mal, der Markt kann keine fairen Wohnpreise schaffen, weil der Markt nur Business machen will. Was die Menschen brauchen, ist bezahlbarer Wohnraum. Deswegen brauchen sie einen starken Sozialstaat.

(Beifall bei der SPD)

Herr Vogel, abschließend komme ich auf die degressive AfA zu sprechen. Das gilt auch für Herrn Körber. Diese wird angewendet, wenn die Baukonjunktur am Boden liegt, um diese anzuheizen. Sie wird eben nicht angewendet, wenn die Baukonjunktur völlig überhitzt ist. Das ist sie im Moment. Deswegen ist die degressive AfA in diesem Moment überhaupt nicht sinnvoll. Die Baukonjunktur kann nicht mehr angeheizt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Vogel, eines muss ich mir noch erlauben. Als CSU sehen Sie zwar die Eigentümer, aber bei den Mieterinnen und Mietern müssen wir in Berlin immer die Brechstange anwenden, damit Sie die Mieterinnen und Mieter sehen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Körber gemeldet. Bitte schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Frau Kollegin Kohnen, vielleicht haben Sie sich schon einmal ein Bild darüber gemacht, wer eigentlich Wohnungen für den Mietmarkt zur Verfügung stellt. Je nach Statistik sind das bis zu 50 oder 60 % sogenannte Kleinvermieter. Dabei handelt es sich um unprofessionelle Vermieter – das sind Miethaie wie ich –, die selber als Beitrag zu ihrer Altersvorsorge ein paar Wohnungen besitzen. Die haben ein Interesse daran, dass die Miete pünktlich überwiesen wird. Das ist alles. Vielleicht können Sie das zur Kenntnis nehmen.

Bei der Frage der degressiven AfA – ich habe den Bauminister gerade neben mir sitzen –, hier sind wir uns sehr einig. Die Anwendung der degressiven AfA würde zum Neubau –, anreizen. Sie verkennen alle: Ohne neue Wohnungen werden wir keine weiteren Mietwohnungen bekommen. Da steht jedoch auch die SPD auf der Bremse. Vielleicht können Sie etwas dazu sagen, warum das in Berlin blockiert wird. Vielleicht

haben Sie im Gegensatz zu den CSU-Kollegen eine Idee, wie hoch der Freibetrag denn werden soll.

(Beifall bei der FDP)

Natascha Kohnen (SPD): Herr Körber, über den Freibetrag wird gerade verhandelt.

(Sebastian Körber (FDP): Wie hoch ist er denn?)

– Wenn ich sage, dass er gerade verhandelt wird, ist das doch nicht so schwer zu verstehen.

(Sebastian Körber (FDP): Nach zwei Jahren?)

– Ich weiß nicht, wo Ihr Problem als Opposition liegt. Herr Bauminister, ich würde Sie darum bitten, dass Sie sich in Berlin gegen die Share Deals einsetzen. Das brauchen wir auch, wenn wir schon darüber reden, was gerade in Berlin passiert.

(Zuruf des Abgeordneten Sebastian Körber (FDP))

– Das hat eine Menge damit zu tun.

(Sebastian Körber (FDP): Überhaupt nicht!)

– Mein Lieber, das hat absolut etwas damit zu tun.

Ich komme noch einmal ganz kurz auf die degressive AfA zu sprechen. Jeder Steuerfachmensch sagt Ihnen klipp und klar: Das brauchen Sie, wenn Sie die Baukonjunktur anheizen wollen. Unsere Baukonjunktur ist völlig überhitzt. Das ist der Punkt. Dass wir beim Thema Marktgläubigkeit unterschiedliche Ansichten haben, haben wir heute schon gemerkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Das Wort hat Herr Kollege Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten wieder zur Sachlichkeit zurückkehren.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Es ist richtig, dass Deutschland mit die höchsten Immobilienpreise und die höchste Grunderwerbsteuer in ganz Europa hat. Von den Vorrednern haben wir bereits gehört, woran das liegt. Das liegt zum einen an den hohen Bodenpreisen. Wie entstehen diese? – Durch die schwere Verfügbarkeit von Grundstücken. Wenn wir den Flächenverbrauch weiter einschränken, werden die Grundstücke im Übrigen noch teurer. Da können wir an anderen Stellschrauben drehen, wie wir wollen – das wird so kommen. Die hohen Preise entstehen auch durch die hohen Grunderwerbsnebenkosten. Das ist richtig. Das gilt sowohl für die Notarkosten als auch für die Grunderwerbsteuernkosten. Die Grunderwerbsteuer ist ohnehin eine schwierige Steuer. Sie ist weder an das Leistungsgebot noch an das Äquivalenzprinzip gebunden. Sie hängt eigentlich in der Luft und dient nur fiskalischen Interessen. Diese Interessen müssen wir jedoch auch sehen, weil der Staat seine Einnahmen von irgendwoher haben muss. Die Länder, die im Übrigen selber die Höhe der Sätze festlegen können, erzielen bundesweit 14,1 Milliarden Euro, Bayern 1,9 Milliarden Euro. Sollten wir auf die Grunderwerbsteuer zumindest für erstgenutzte Immobilien verzichten, fehlt ein erheblicher Anteil im Staatssäckel.

Wir müssen jedoch für die jungen Familien etwas tun. Diese sind in erster Linie die Betroffenen. Wir müssen etwas für die Ballungsgebiete tun. Deshalb ist dieser Dringlichkeitsantrag im Grundsatz durchaus berechtigt. Wir hätten jedoch die Belehrung nicht gebraucht. Im Koalitionsvertrag steht nämlich bereits, dass wir entsprechende Änderungen herbeiführen wollen. Es sollten aber noch Einnahmen für den Staat übrig bleiben. Die Änderungen sollten sozial und politisch gewollt sein, um Luxusimmobilien eben nicht zu fördern.

Deshalb brauchen wir, wie von der CSU gefordert, diesen Freibetrag. Natürlich kann man uns vorwerfen, dass die Höhe noch nicht festgesetzt worden ist. Letztendlich ist das ein Verhandlungsergebnis, weil wir das alleine nicht zu beschließen haben. Wir bestimmen nur den Steuersatz. Wir haben – Herr Kollege Vogel hat schon darauf hingewiesen – mit Sachsen den niedrigsten Satz. Interessant ist, wo die Sätze höher sind, nämlich in Schleswig-Holstein, in Rheinland-Pfalz, in Nordrhein-Westfalen und in Brandenburg. Überall dort, wo die bayerischen Oppositionsparteien regieren, sind die Sätze höher. Je höher der Steuersatz ist, desto besser schneidet man beim Länderfinanzausgleich ab. Deshalb ist der Steuersatz in diesen Ländern wahrscheinlich auch höher. Bayern hat an dieser Stelle den doppelten Nachteil. Deswegen ist der Antrag der FDP insgesamt unausgewogen. Dem Antrag können wir auf keinen Fall folgen.

Ich komme zum Thema Mietpreisbremse. Der Regierung wurde vorgeworfen, dass der Bauminister mit anderer Zunge als der Justizminister spricht. Das tut er gar nicht. Der Justizminister hat davon gesprochen, dass beim Verkauf einer Immobilie für drei Jahre kein genereller Mietendeckel und keine generelle Einschränkung erfolgen soll. Dem würden wir nie zustimmen. Das wollen wir auch nicht. Das ist etwas völlig anderes. Deswegen werden die FREIEN WÄHLER, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht, dem Antrag der CSU zustimmen. Den Antrag der FDP und den Antrag der GRÜNEN werden wir ablehnen. Dort wird etwas ganz anderes gefordert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat nun der Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr, Dr. Hans Reichhart. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, bei einer Frage sind wir uns alle einig: Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist eine der drängenden sozialen Fragen unserer Zeit, auf die wir als Politik insgesamt, über alle Ebenen hinweg, auch Antworten geben müssen. Wir werden diese Antworten geben.

Ich glaube, die beste Antwort auf diese Frage lautet einfach: Bauen! Lautet, Wohnraum zur Verfügung zu stellen, um der großen Nachfrage gerecht zu werden. Bauen wird nicht hervorgerufen, indem ich einen Mietpreisdeckel nach Berliner Art mache; sondern Bauen wird hervorgerufen, indem ich Anreize schaffe, indem ich Möglichkeiten schaffe, Bauland zur Verfügung zu stellen, und sage: Dort, wo Wohnungen nötig sind, stehen Wohnungen zur Verfügung. Dafür müssen wir Anreize schaffen und nicht mit Verboten agieren. Das ist die richtige Richtung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn wir bauen wollen, müssen wir auch den ganzen Bereich ansehen. Wir haben uns in den letzten Monaten, im letzten Jahr auf den Weg gemacht, um zu schauen, wo man etwas machen kann, wo man rangehen kann, wo man gestaltend wirken kann. Selbstverständlich spielen Fragen wie die nach der Grunderwerbsteuer dabei eine bedeutende Rolle.

Der Kollege Vogel hat es schon erwähnt: Wir haben bei der Grunderwerbsteuer den Zustand, dass der Freistaat Bayern neben Sachsen das einzige Bundesland ist, in dem die Grunderwerbsteuer nicht erhöht wurde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie in anderen Regierungen sitzen: Machen Sie sich auf den Weg, in den anderen Parlamenten dafür zu werben, dass die Grunderwerbsteuer in den anderen Bundesländern wieder abgesenkt wird, um auch dort einen Anreiz zu schaffen. Wir in Bayern zeigen, dass es geht. Warum soll man sich nicht an Bayern orientieren? – Hier läuft einiges besser, und dafür wollen wir auch weiterhin eintreten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegen, wir haben selbstverständlich auch bei der Wohneigentumsquote Herausforderungen. Wenn wir in Deutschland eine Wohneigentumsquote von 45,4 % haben, liegen wir damit leider hinter vielen anderen Ländern. Wir müssen darauf achten, dass mehr Leute Wohneigentum erwerben, wir müssen darauf achten, dass

Wohneigentum auch als Instrument der Alterssicherung bestehen bleibt und bestehen kann. Wir müssen uns überlegen, wie wir das schaffen können.

Wir müssen dabei auf eine Frage eine Antwort geben, die die Altersgruppe der 25- bis 45-Jährigen betrifft. Wir haben in dieser Gruppe eine rückläufige Wohneigentumsquote. Das ist eine Gruppe, in der man eigentlich Wohneigentum haben sollte. Das sind junge Familien, Leute, die am Beginn oder mitten im Erwerbsleben stehen. Dort brauche ich Wohneigentum, dort muss ich stärken, dort muss ich reingehen. Deswegen müssen wir bei der Grunderwerbsteuer selbstverständlich etwas machen.

Aber unser Weg ist nicht, einfach pauschal alles freizustellen und zu sagen: Das passt schon. Sondern wir müssen beim Ersterwerb aufpassen und ganz spezifisch wirken. Deswegen treten wir für einen Freibetrag ein, der sich sehen lassen kann, für einen Freibetrag, der beim Ersterwerb denjenigen hilft, die sich Wohneigentum leisten wollen, die zum ersten Mal ein Grundstück, eine Wohnung oder ein Haus kaufen wollen, die sich als Familie ihre eigenen vier Wände schaffen wollen. Dafür brauchen wir Freibeträge. Wir brauchen sie auf Bundesebene, und ich hoffe, dass die Große Koalition in Berlin auch liefern wird.

Wir haben bereits zwei Initiativen in den Bundesrat eingebracht und sind dort leider gescheitert. Aber wir werden nicht nachlassen, wir werden das weiterhin vorwärtsbringen; denn wir müssen bei der Grunderwerbsteuer über Freibeträge arbeiten; das ist der richtige Weg. Wir werden nicht nachlassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Bereich, in dem wir nicht nachlassen werden, ist die Abschreibung. Wir brauchen eine degressive AfA. Nur damit bringen wir Impulse in den Wohnungsmarkt.

Liebe Kollegin Kohnen, selbstverständlich haben wir einen angespannten Wohnungsbau Markt. Aber wir müssen doch stolz und froh sein, dass der Bau- und Immobilienmarkt ein Bereich ist, der die Wirtschaft noch stützt. Wenn wir die Meldungen lesen, dass in der Industrie, im Maschinen- und im Autobau, die Aufträge nach unten gehen,

müssen wir doch darauf achten, dass wir in der Bauindustrie weiterhin eine gute Konjunktur haben, dass wir dort weiterhin Zukunft haben. Deswegen brauchen wir auch weitere Impulse für den Wohnungsmarkt. Wir brauchen Impulse, damit in den Geschosswohnungsbau investiert wird. Deswegen brauchen wir eine degressive AfA. Dort hilft sie uns, und dort wird sie uns auch weiterhin helfen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch ganz kurz zum Thema Mietendeckel: Wer in der jetzigen Zeit nach einem Mietendeckel nach Berliner Vorbild schreit, der geht komplett fehl.

(Natascha Kohnen (SPD): Das macht doch keiner!)

Wer einen Mietendeckel nach Berliner Vorbild will, der würgt Investitionen ab, der zeigt, dass er den Markt nicht verstanden hat, dass er nicht weiß, dass ich auch Sicherheit brauche; gerade für die Leute – das hat Kollege Körber richtig angesprochen –, die sagen: Ich möchte eine Wohnung als Geldanlage haben, als Altersvorsorge. Dafür brauche ich Sicherheit und Verlässlichkeit. Deswegen führt ein Mietendeckel nicht auf den richtigen Weg, sondern auf den falschen Weg; nämlich dorthin, dass am Schluss Wohnungen nicht gebaut werden und weniger Wohnungen auf dem Markt zur Verfügung stehen. Deswegen ist dieser Vorstoß abzulehnen. Ich bitte das Hohe Haus, diesem irrigen Vorstoß eines Mietendeckels nicht zu folgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Minister. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben zwei Zwischenbemerkungen, zunächst vom Kollegen Mang von der AfD-Fraktion. Herr Mang, bitte schön.

Ferdinand Mang (AfD): Herr Staatsminister, Sie sagen: Menschen brauchen mehr Wohneigentum, mehr Wohneigentum, mehr Wohneigentum. Die Ursachen für diese Verteuerung benennen Sie aber nicht. Das ist einerseits die EZB-Nullzinspolitik, die

viele Investoren in das Betongold flüchten lässt, und andererseits natürlich auch die Migrationspolitik.

(Widerspruch bei den GRÜNEN und der SPD)

– Das ist Fakt! Es ist dieser Elefant, den Sie nicht sehen wollen.

(Beifall bei der AfD)

Das ist die wahre Ursache, warum wir hier solche Wohnungsnot haben.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Die Wohnungsnot war schon vorher da; Sie haben einfach keine Ahnung! – Unruhe)

Diese Ursachen werden sich in naher Zukunft nicht ändern, weil sich diese Politik nicht ändert. Darum auch meine Frage. Sie werden dieses Problem mit Geld nicht zuschütten können. Ein einfaches Einfamilienhaus hinzustellen, kostet jetzt schon 500.000 bis 600.000 Euro. Das kann sich eine Familie nicht leisten. Da nützt auch die Eigenheimzulage nichts. Das zeigt auch der letzte Doppelhaushalt, bei dem nur ein Teil der Mittel abgerufen wurde, weil sich die Leute das einfach nicht mehr leisten können.

(Anhaltende Unruhe – Klaus Adelt (SPD): Wo bleibt die Frage?)

– Darum jetzt eine Frage: Wir haben auch Anträge gestellt – –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Ihre Redezeit ist zu Ende.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ferdinand Mang (AfD): Eigentum ist nicht die Lösung. Wir wollen Wohnbaugenossenschaften. Da müssen wir hin. Das sind nicht profitorientierte Unternehmen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Mang, Ihre Redezeit ist zu Ende. Danke schön. – Herr Minister, bitte schön.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Mang, ich finde es sehr bedauerlich, dass die AfD auf alle drängenden Fragen der Zeit nur zwei Antworten weiß; nämlich weiß, wer schuld ist: Entweder ist das die EZB, oder es sind Asylbewerber. Wenn Ihnen nichts anderes mehr einfällt, sind Sie hier fehl am Platz; denn wir ringen hier um Lösungen.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir ringen hier darum, wie ich etwas schaffen kann. Ich habe vor einem Jahr auch Sie eingeladen, Lösungen zu präsentieren. Leider kam nichts. Ich finde es bedauerlich, dass die AfD immer nur hetzt, nur Parolen von sich gibt und nichts anderes macht. Es ist einfach schade, dass Sie sich auf dieses Niveau herablassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP – Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralph Müller (AfD))

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Herr Kollege Körber gemeldet. Bitte schön, Herr Körber.

Sebastian Körber (FDP): Ich glaube, wir hatten eigentlich eine sehr gute Debatte über das Thema "Wohnen und Wohneigentum bilden". Darüber kann man unterschiedlicher Meinung sein. Das war leider gerade ein sehr schlimmer Beitrag.

Herr Minister, ich habe eigentlich nur eine konkrete Frage: Wie hoch wird der ominöse Freibetrag sein? Gibt es dazu schon eine Antwort? Wann können wir die bekommen? Was ist die Haltung der Staatsregierung dazu?

(Beifall bei der FDP)

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Lieber Herr Kollege Körber, vielen Dank für die Frage. Ich glaube, wir haben wirklich eine gute Diskussion.

Wenn man gestern die Anhörung verfolgt hat, dann merkte man, dass die Sachpolitik bei uns im Vordergrund steht, dass wir um Lösungen ringen, wie es gehen könnte.

Zur konkreten Frage: Es gibt dazu Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung. Der jetzige Ministerpräsident und damalige Finanzminister hat eine Zahl von 800.000 Euro in den Raum gestellt, um zu zeigen: Damit kann ich Wohneigentum sinnvoll erwerben, mit dieser Summe kann ich etwas machen, gehe aber nicht in den Luxusbereich hinein. Ich glaube, das ist eine Zahl, die sich sehen lassen könnte, ein Bereich, in dem wir uns bewegen sollten. Das ist eine Zahl, mit der wir auch nach Berlin gehen und sagen werden: Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Wir haben jetzt drei Abstimmungen, davon zwei namentliche.

Wir führen zunächst eine Abstimmung in einfacher Form durch. Das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 18/4340. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Die Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Swoboda und Plenk. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN auf der Drucksache 18/4341. Diese Abstimmung wird in namentlicher Form stattfinden. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten. Die Urnen stehen bereit. Bitte schön.

(Namentliche Abstimmung von 16:59 bis 17:04 Uhr)

Will noch jemand seine Stimme abgeben? – Ich sehe niemanden mehr. Damit ist die Abstimmung geschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zur zweiten Abstimmung in namentlicher Form.

(Unruhe)

– Ich bitte um Aufmerksamkeit. – Es handelt sich um den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf der Drucksache 18/4301. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 17:05 bis 17:08 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Abstimmungszeit ist beendet. Ich schließe die Abstimmung. Die Ergebnisse beider Abstimmungen werden später bekannt gegeben.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie Ihre Plätze wieder ein. Setzen Sie sich hin. Führen Sie die Gespräche bitte draußen, damit wir die Aufmerksamkeit für den nächsten Tagesordnungspunkt und den nächsten Redner haben, der schon bereit ist.

(...)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Beim Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER betreffend "Wohneigentum weiter fördern – Mietwucher verhindern" auf Drucksache 18/4341 haben 110 Abgeordnete mit Ja gestimmt. 20 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Stimmenthaltungen gab es 44. – Der Dringlichkeitsantrag ist damit angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Beim Dringlichkeitsantrag der FPD-Fraktion betreffend "Wohneigentum fördern und schützen" auf Drucksache 18/4301 haben 31 Abgeordnete mit Ja gestimmt. 109 Abgeordnete haben mit Nein gestimmt. Es gab 32 Stimmenthaltungen. – Der Dringlichkeitsantrag ist damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.10.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alexander König u. a. und Fraktion CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Gerald Pittner u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Wohnungseigentum weiter fördern - Mietwucher verhindern (Drucksache 18/4341)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			X
Becker Barbara	X		
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus	X		
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			X
Busch Michael		X	
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg	X		
Enders Susann			
Enghuber Matthias	X		
Fackler Wolfgang	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian			
Franke Anne			X
Freller Karl	X		
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten	X		
Gotthardt Tobias	X		
Gottstein Eva	X		
Graupner Richard	X		
Grob Alfred	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina			X
Henkel Uli	X		
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		
Holetschek Klaus	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard	X		
Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Huber Martin	X		
Huber Thomas			
Huml Melanie	X		
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela	X		
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			X
Köhler Claudia			X
König Alexander	X		
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzing er Stephan	X		
Osgyan Verena			
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika			X
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike	X		
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi	X		
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Siekman n Florian			X
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph			X
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus			
Stolz Anna	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Toman Anna			X
Tomaschko Peter	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			X
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland	X		
Westphal Manuel	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	110	20	44

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 23.10.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Sebastian Körber, Matthias Fischbach u. a. und Fraktion FDP; Wohneigentum fördern und schützen (Drucksache 18/4301)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin			X
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus	X		
Becher Johannes			X
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz	X		
Blume Markus		X	
Böhm Martin	X		
Bozoglu Cemal			X
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			X
Busch Michael		X	
Celina Kerstin			X
Dr. Cyron Anne	X		
Deisenhofer Maximilian			X
Demirel Gülseren			
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin	X		
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Enders Susann			
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			
Franke Anne			X
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			X
Fuchs Barbara			X
Füracker Albert			
Ganserer Markus (Tessa)			
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard	X		
Grob Alfred		X	
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina			X
Henkel Uli	X		
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Hierneis Christian			X
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			X
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			X
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne			X
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva			X
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland	X		
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			X
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			X
Dr. Müller Ralph	X		
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			X
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			X
Schuhknecht Stephanie			X
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef	X		
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd			
Siekman Florian			X
Singer Ulrich	X		
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			X
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			X
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin			X
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna			X
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			X
Urban Hans			X
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg			
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			X
Gesamtsumme	31	109	32